

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telephon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

18. Jahrgang

Donnerstag, 17. Feber 1938

Nr. 40

Das Ergebnis von Berchtesgaden

Unter militärischem Druck: Neue Regierung Schuschnigg—Seyss-Inquart

Die Tragödie Österreichs ist in ein neues Stadium getreten. Nach Tagen langwieriger Verhandlungen im Schöße der österreichischen Regierung ist das Ergebnis der Berchtesgadener Besprechungen sichtbar geworden. Es heißt: Umbildung der österreichischen Regierung, Amnestie für die Nazis.

Adolf Hitler brauchte nach den schweren Erschütterungen des 4. Feber einen neuen großen außenpolitischen Erfolg, um die Aufmerksamkeit der deutschen Bevölkerung auf die äußere Politik abzulenken. Die gegenwärtige Situation: Gebundenheit der Westmächte im Mittelmeer und im Fernen Osten, Schwächung Italiens durch seine wirtschaftliche Lage und die Mißerfolge in Abyssinien und Spanien, diese Lage ließ ihn den Vorstoß nach Österreich unternehmen. Schuschnigg, der die Westmächte so oft im Stiche ließ und zwischen den beiden Diktatoren hin und herschwankte, er fand in dieser entscheidenden Stunde nicht mehr jene Hilfe in Paris und London, die er sich erhoffte.

Nach englischen Berichten handelte es sich bei der Berchtesgadener Begegnung um einen grauhängigen Erpressungsversuch Hitlers gegenüber Österreich. Hitler bediente sich der offenen Sprache und wies auf die schweren Konsequenzen hin, die eintreten würden, falls seine Forderungen nicht angenommen werden sollten. Die Anwesenheit dreier deutscher Generale unterstrich diese Bemerkung Hitlers. Jedenfalls ist man der Meinung, daß es sich nur um eine vorübergehende Lösung handle und der Druck Deutschlands weiter anhalten werde.

Das große Fragezeichen ist die Haltung Italiens zu dieser Entwicklung. Wird Mussolini Österreich wirklich aufgeben? 1934 entsandte Mussolini an die Brennergrenze eine ganze Armee als der Naziputsch losbrach. Hat Mussolini geglaubt, daß die Westmächte ihm jetzt diese Aufgabe gegen den Achsenpakt abnehmen werden? Man hat es keinesfalls mit einer heute schon feststehenden Lösung zu tun. Dafür spricht ja auch die Regelung in der Regierung Österreichs, daß man wohl Seyss-Inquart das Ministerium gab, daß aber der Vertrauensmann Schuschnigg, Dr. Skubl, mit erweitertem Funktionsbereich wiederkehrte. Die Entscheidung in der österreichischen Frage ist noch nicht gefällt.

Die neue Regierung

Wien. In früher Morgenstunde wurde das fünfte Kabinett Schuschniggs ernannt. Die hervorstechendste Tatsache ist die Ernennung Seyss-Inquarts zum Innen- und Sicherheitsminister. Das Kabinett hat folgende Zusammensetzung:

Bundeskanzler: Kurt Schuschnigg (bisher Bundeskanzler und Leiter des Sicherheitswesens).

Vizekanzler: Feldmarschalleutnant a. D. Ludwig Güllgerth (wie bisher).

Außenminister: Doktor Guido Schmidt (bisher Staatssekretär für Auswärtige).

Finanzminister: Doktor Rudolf Kemmner (wie bisher).

Handelsminister: Ing. Julius Raab (bisher Dr. Taucher).

Sozialminister: Doktor Josef Rief (wie bisher).

Bundesminister für Inneres und Sicherheitswesen: Dr. Arthur Seyss-Inquart (bisher Waise-Förstner).

Landwirtschaftsminister: Peter Mandorfer (wie bisher).

Unterrichtsminister: Dr. Hans Bertner (wie bisher).

Justizminister: Dr. Ludwig Adamovich (bisher Dr. Pilg).

Minister ohne Portfeuille:

Guido Bernatto (bisher Staatssekretär für die Vaterländische Front).

Dr. h. c. Waise-Förstner (bisher Innenminister).

Hans Kott (bisher Staatssekretär im Sozialministerium).

Staatssekretäre:

Für Landesverteidigung: General der Infanterie Wilhelm Behner (bisher Landesverteidigungsminister).

Für Sicherheitswesen: Doktor Michael Skubl (wie bisher).

Für Arbeiter- und Angestelltenfragen: Adolf Wagemel.

Für Angelegenheiten der Industrie: Oberst i. R. Ludwig Steysl-Doliva.

Für Forstwirtschaft: Ing. Franz Matschug.

Skubl behält Polizei und Gendarmrie

Als Vertreter der nationalen Kreise in der neuen Regierung gelten: Waise-Förstner, der bereits Mitglied des letzten Kabinetts war, Seyss-Inquart als Innen- und Sicherheitsminister, wobei aber der bisherige Staatssekretär Skubl weiterhin die Führung des Sicherheitswesens behält und Staatssekretär Steysl-Doliva.

Die Stellung des Staatssekretärs Dr. Skubl scheint noch dadurch besonders hervorgehoben, daß er zugleich zum Generalinspektoren der gesamten österreichischen Exekutive (Polizei und Gendarmerie) ernannt wurde.

Stuhl, vereinigt unter seiner Leitung die Polizei der Hauptstadt und die Provinzpolizei, untersteht aber selbst nicht den Befehlen des neuen Ministers für Inneres und Sicherheitswesen Dr. Seyss-Inquart, sondern direkt dem Bundeskanzler. Dr. Schuschnigg hat damit offensichtlich eine Sicherung dahingehend getroffen, daß der neue Minister für Sicherheitswesen keine unbeschränkte Kontrolle der Polizei ausübt, wie ursprünglich manche antinazistische Kreise in Österreich befürchteten.

Die Stellung des Staatssekretärs Dr. Skubl scheint noch dadurch besonders hervorgehoben, daß er zugleich zum Generalinspektoren der gesamten österreichischen Exekutive (Polizei und Gendarmerie) ernannt wurde.

Stuhl, vereinigt unter seiner Leitung die Polizei der Hauptstadt und die Provinzpolizei, untersteht aber selbst nicht den Befehlen des neuen Ministers für Inneres und Sicherheitswesen Dr. Seyss-Inquart, sondern direkt dem Bundeskanzler. Dr. Schuschnigg hat damit offensichtlich eine Sicherung dahingehend getroffen, daß der neue Minister für Sicherheitswesen keine unbeschränkte Kontrolle der Polizei ausübt, wie ursprünglich manche antinazistische Kreise in Österreich befürchteten.

Die schon wiederholte geschickte traurigen Verhältnisse der Saisonarbeiter rufen nach einer baldigen Abhilfe. Öffentlich findet der Vorschlag des Fürsorgeministeriums im Ministerrat das

Die übrigen neuen Minister Raab, Adamovich und Bernatto sowie die Staatssekretäre Wagemel und Magnif sind bekannte frühere Christlichsozial- und Landbändler bzw. Exponenten der „Vaterländischen Front“.

Minister Bernatto wurde unter Beibehaltung seiner Funktion als Generalsekretär der Vaterländischen Front zum Stellvertreter des Frontführers ernannt.

Der neue Minister Seyss-Inquart wurde am 22. Juli 1892 in Stannern bei Palau als Sohn eines Gymnasialdirektors geboren. Im Jahre 1921 ließ er sich als Rechtsanwalt in Wien nieder. Seit der Gründung des Österreichisch-deutschen Volksbundes gehörte Dr. Seyss-Inquart diesem als Vorstand und später als Obmannstellvertreter an. Am 17. Juni 1937 wurde er von Schuschnigg zum Staatsrat und Verbindungsmann zwischen der nationalen Opposition und der Bundesregierung bestimmt.

Justizminister Dr. Adamovich ist 1890 in Elegg geboren. Im Jahre 1934 wurde er auf die Befehlsliste für allgemeines Staatsrecht, Verfassungslehre und Verwaltungsdienst an die Wiener Universität berufen. Im gleichen Jahre erfolgte seine Berufung in den neu gebildeten Staatsrat.

Der neue Handelsminister Raab ist aus seiner Tätigkeit an der Spitze des Gewerbebundes und als früherer Christlich-sozialer Politiker bekannt.

Staatssekretär Ludwig von Steysl-Doliva ist ein im österreichischen Wirtschaftsleben führend tätiger Industrieller. Er ist als „Beizout-Rationaler“, der den Nationalsozialisten nahesteht, bekannt.

Der neue Staatssekretär für Arbeitsschutz Wagemel war bisher Amtsleiter des Arbeitsamtes für die Metallindustrie in Wien. Er war bis zum Jahre 1934 im sozialdemokratischen Gewerkschaftsbund und seitdem in der Christlich-sozialen Bewegung tätig.

Er hats eilig...

Als erster neuer Minister hat sich Mittwoch vormittags Dr. Seyss-Inquart im Innenministerium eingefunden und die Leitung dieses Amtes übernommen.

Arbeitslosenfürsorge auch für Saisonarbeiter

Ein begrüßenswerter Antrag des Fürsorgeministeriums

Prag. Aus allen Teilen des Landes wurde in den letzten Monaten Klage geführt, daß die Behandlung der Saisonarbeiterfrage bei der Durchführung der Ernährungsaktion in diesem Winter zu unerträglichen Härten geführt hat. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß das Prinzip einer staatlichen Arbeitslosenfürsorge völlig verloren geht, wenn ganz ohne Rücksicht auf das Einkommen und die faktisch vorhandene Gefährdung des Lebensunterhaltes die dreimonatige Beschäftigung bei irgendeiner Notstandsarbeit zum Vorwand genommen wird, die betreffenden Arbeitslosen für das ganze Jahr von jeder Hilfsaktion auszuschließen.

Wie bereits gemeldet, führten Vertreter des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren eine Reihe von Vorgesprächen bei maßgebenden Faktoren durch, um

1. Ledige Personen, welche in der Saison nicht länger als 120 Tage gearbeitet haben.

2. Familienerhalter, sofern sie noch für eine Person zu sorgen haben, welche nicht länger als 150 Tage gearbeitet haben.

3. Familienerhalter, sofern sie noch für zwei oder drei weitere Personen zu sorgen haben, wenn sie nicht länger als 180 Tage gearbeitet haben.

4. Familienerhalter, sofern sie noch für vier oder mehr weitere Personen sorgen, wenn sie nicht länger als 210 Tage gearbeitet haben.

Bei den unter 2 bis 4 Angeführten, welche keinen Mietzins zahlen, wird die abgearbeitete Zeit um 30 Tage herabgesetzt.

Personen, welche in Industriebetrieben beschäftigt und wegen Arbeitslosigkeit eine Saisonarbeit angenommen haben, können in die Kategorie der Saisonarbeiter nicht eingeteilt werden, sofern die Uebergangszeit nicht länger als zwei Jahre dauert.

Die schon wiederholte geschickte traurigen Verhältnisse der Saisonarbeiter rufen nach einer baldigen Abhilfe. Öffentlich findet der Vorschlag des Fürsorgeministeriums im Ministerrat das

eine Wiedereinrichtung der Saisonarbeiter in die Ernährungsaktion zu erzielen. Das Fürsorgeministerium wurde auch aus tschechischen Bezirken beauftragt, durch entsprechende Weisungen den unerträglichen Einschränkungen bei der Ernährungsaktion einen Riegel vorzuschicken. Nachdem aber die Richtlinien für die Durchführung der Ernährungsaktion der Genehmigung des Ministeriums unterliegen, kann eine Remedur wiederum nur durch Ministerratsbeschluss herbeigeführt werden. Wie wir erfahren, hat das Ministerium für soziale Fürsorge an das Ministerpräsidentium einen entsprechenden Antrag geleitet. In diesem Antrage wird eine Aenderung der Richtlinien, betreffend die Ernährungsaktion, in der Weise vorgeschlagen, daß die Saisonarbeiter unter folgenden Bedingungen in die Aktion eingereicht werden können:

entsprechende Verhältnisse. Denn die Verhältnisse in den Arbeitsgebieten drohen durch eine weiterhin engherzige Durchführung der Ernährungsaktion einfach unhaltbar zu werden.

Aus dem Inhalt:

Arbeitslosenfürsorge auch für Saisonarbeiter

Neudeker Eisenwerk bleibt im Betrieb

Eine wichtige Tagung im Gesundheitsministerium

Ernst Mach zum Gedächtnis

Oesterreichisches Verhängnis

Die vielgepriesene „Dollfuß-Strache“ hat nach Berchtesgaden geführt, nach Deutschland also. Schuschnigg, der nach Dollfuß' Tod auf diese Straße gestellt wurde, hat keine allzugroße Wahlmöglichkeiten gehabt. Nur ein sehr großer und kühner Staatsmann konnte es wagen, sie zu verlassen, sich aus der Abhängigkeit von Italien zu befreien, sich eine Massenbasis im Lande zu schaffen durch Gewinnung der Arbeiter, durch die Wiederherstellung der Demokratie. Daß der Bundeskanzler Schuschnigg, Gefinnungs- und Parteigenosse seines Vorgängers, also in jedem Sinne kein Erbe, aus der Klemme zwischen italienischem und deutschem Faschismus und ohne wirksame Unterstützung der Westmächte diesen Weg nicht wagte, daß er, hängen Herzens wahrscheinlich, auf der Dollfuß-Strache weiterwanderte, damit dem Ende der wirklichen Unabhängigkeit seines Landes entgegen, ist zu beklagen, aber nicht erstaunlich.

Die wirkliche Unabhängigkeit Österreichs! Sie bestand nicht mehr, seit Dollfuß sich Mussolini in die Arme geworfen hatte. Seit der blutigen Niederwerfung der österreichischen Arbeiter, seit der Aufhebung der Verfassung und der Aufrichtung einer nur auf eine ganz dünne Schicht der Bevölkerung gestützten „autoritären“ Regierung, lebte Österreich nur noch durch die Gnade, den Willen Mussolinis, lebte es in seiner Scheinunabhängigkeit, weil Hitler von 1934 bis 1938 noch mit allerlei anderen Angelegenheiten beschäftigt war und einen Konflikt mit Mussolini nicht riskieren konnte. Jetzt, da Mussolini in Afrika und in Spanien engagiert ist und, wie die italienische Anleihefrage beweist, Italien in schweren Wirtschaftssorgen steckt und der südliche Achsenpartner seinen deutschen Freund viel mehr braucht als dieser ihn, — jetzt droht kein solcher Konflikt. Und Hitler brauchte gerade jetzt, nach dem 4. Feber, der das Volk sehr beunruhigte und die Reichswehr tief verstimmt, einen neuen außenpolitischen Erfolg. Er hat Schuschnigg seinen Willen aufzuzwingen.

Es war Zwang! Fast alle englischen Blätter melden, daß Österreich auch unter militärischen Druck gesetzt wurde, daß mit dem Einmarsch der Reichswehr gedroht wurde. Um Schuschnigg den Ernst der Situation recht eindringlich vor Augen zu führen, ließ Hitler auch ein paar Reichswehrgenerale auf den Bergkogel kommen. Und Reichswehrabteilungen hatten zufällig gerade jetzt Manöver in Südbayern.

Schuschnigg scheint sich sehr gewehrt zu haben. Aber es war ihm eine Art Ultimatum gestellt worden. Und da Mussolini sich nicht rührte, die Westmächte passiv blieben, wußte er keine andere Möglichkeit als die, sich zu fügen — mit Hitler zu einer „Uebereinstimmung“ zu kommen. Also wurde die Regierung umgebildet — Seyss-Inquart, der noch vor wenigen Wochen, nach dem Aufstiegen der Taus-Affäre, es für ratsam gehalten hatte, eine kleine Urlaubreise nach Deutschland anzutreten, ist Innenminister geworden. Guido Schmidt vom Staatssekretär zum Außenminister aufgestiegen, alle verhafteten und verurteilten Nazi wurden amnestiert und damit für alle künftigen Fälle gezeigt, wie gefahrlos es ist, Nazipropaganda zu treiben. O. Österreich ist noch immer ein „unabhängiger Staat“! Danzig ist es ja auch — und Danzig steht sogar unter der Garantie des Völkerbundes! Wahrscheinlich wird Hitler in der für Sonntag angekündigten Rede sogar Österreichs Unabhängigkeit anerkennen. Aber — vorher hat er in allerhöchster Nähe in die Politik eines anderen Staates eingegriffen, dessen Regierungsbildung vorgeschrieben, dafür gefordert, daß er einen „Nationalbetonten“ als seinen Stellvertreter in der Funktion eines Innenministers in dieser Regierung sitzen hat und das Abkommen vom 11. Juli nach seinen Wünschen ausgestaltet wurde.

Hitler kann zufrieden sein. Es braucht ihn nicht zu stören, daß Österreich noch formell selbstständig ist, wenn keine Regierungsbildung gegen seinen Willen, keine andere Außenpolitik als die der Parallellität mit seiner möglich ist und wenn zudem die Nazipropaganda in Österreich nur noch wenig behindert sein wird. Die jegliche Vereinbarung kann er als Provisorium betrachten. Sein Ziel, die Angliederung Österreichs, wird er nie aus dem Auge verlieren.

Welche Auswirkungen auf die europäische Politik Hitlers Vorstoß nach Österreich haben

